

**Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU-MS und des EP  
Budapest, 11. bis 12. Mai 2025  
Session I: The future European Union:  
General Perspectives /Federalism or national sovereignty  
Keynote HNRP Dr. Walter Rosenkranz**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Werte Kolleginnen und Kollegen! Exzellenzen!

Ich möchte mich für die Ehre und Gelegenheit bedanken, dass ich heute in diesem Kreis in Budapest seitens des österreichischen Nationalrats zu diesem wichtigen Thema sprechen darf. „Zukunft“ ist wohl immer ein wichtiges Thema!

Lassen Sie mich mit einer **Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik**, die im Dezember 2024 aus Anlass des vor 30 Jahren – am 1. Jänner 1995 – vollzogenen Beitritts Österreichs zur EU durchgeführt wurde, beginnen.

Über die letzten 30 Jahre lag die Zahl derjenigen, die die **EU-Mitgliedschaft Österreichs befürworteten**, durchschnittlich bei 70 Prozent und jener, die einen Austritt wünschten, bei 22 Prozent. Aktuell sind 60 Prozent für die Mitgliedschaft und 25 Prozent für einen Austritt (15 Prozent sind sich unsicher bzw. geben keine Antwort). Zum Vergleich: Bei der Volksabstimmung zum Beitritt Österreichs, damals zur Europäischen Gemeinschaft, stimmten etwas mehr als 66 % für den Beitritt. Das heißt hier gab es durch 3 Jahrzehnte keine maßgebliche Veränderung.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage war, dass in den letzten fünf Jahren der Anteil jener, die sich **ausschließlich als Österreicher fühlen**, von 61 auf 43 Prozent gesunken ist, während jene, die sich als **Österreicher und Europäer** wahrnehmen, von 34 auf 47 Prozent angestiegen ist.

Auf die Frage, ob die **Zusammenarbeit innerhalb der EU eher vertieft oder eher verringert** werden sollte, äußerten sich 40 Prozent für eine Vertiefung bzw. 30 Prozent für eine Verringerung. Für 18 Prozent ist das Ausmaß gerade richtig.

Diese Daten spiegeln die österreichische Grundeinstellung über die EU ganz gut wieder. Man stellt die EU nicht prinzipiell in Frage, aber die Beurteilung, ob die Mitgliedschaft Vor- oder Nachteile bringt, hängt oft vom Gesichtspunkt ab. Junge Menschen, vor allem Schüler und Studierende sehen für ihre Ausbildung Vorteile, ebenso große Unternehmen im Binnenmarkt, ebenso wird in Österreich die Euroeinführung positiv gesehen. Bei kleineren und mittleren Unternehmen oder bei Landwirten sieht es aber anders aus – hier überwiegt die Skepsis.

Dies als Einleitung meines Beitrags.

Über die **Finalität der Europäischen Union** wird schon seit Jahrzehnten gesprochen. Gegründet nach dem 2. Weltkrieg war die EU jedenfalls von Beginn an

eine Friedensgemeinschaft und eine der Gemeinschaft der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Stichwort Montanunion, EWG), die zu einer Integration auch in anderen Bereichen führen sollte und auch führte.

Mit der **Etablierung des Binnenmarkts** durch Jacques Delors kam nach einer „Eurosklrose“ wieder Schwung in das Projekt, mit dem Maastrichter Vertrag wurden insbesondere dem Europäischen Parlament zusätzliche Kompetenzen übertragen, und auch die nationalen Parlamente fanden – jedes für sich – zu Wegen, wie sie gegenüber den Vertretern der Mitgliedstaaten im Rat die demokratische Legitimität sicherstellen konnten.

Mit den **weiteren Integrationsschritten** durch die Verträge von Amsterdam und Nizza wurde man sich bewusst, dass ohne eine Akzeptanz durch die europäische Bevölkerung keine weiteren Fortschritte möglich sind. Aus diesem Grund versuchte man mit dem EU-Grundrechtekonvent 1999/2000 und Verfassungskonvent 2002/2003, die Zivilgesellschaft miteinzubeziehen. Eine echte Verfassung Europas scheiterte dennoch, Symbole und Bezeichnungen wie „Gesetze“ gingen für die Menschen offenbar zu weit. Der Lissabonner Vertrag 2009 war der vorläufig letzte Integrationsschritt.

Mit der **Zukunftskonferenz 2021/22** wurde ein neuerlicher Anlauf unternommen, die weitere Vertiefung der Integration voranzutreiben, von breit akzeptierten Ergebnissen hört man recht wenig. Das mag vielleicht daran liegen, dass die EU in den letzten Jahren mit einer Vielzahl von anderen Herausforderungen konfrontiert war und ist. Aber gerade jetzt, wo die multilaterale Ordnung der Welt insgesamt in Frage gestellt wird und die EU sich in einer sich verändernden Weltordnung neu positionieren muss, wird spürbar, dass es für die Finalitätsdebatte bis heute keine gemeinsame Antwort gibt.

Deshalb noch einmal danke, dass wir heute dieses so wichtige Thema diskutieren können.

**Wie sieht der Befund heute aus?** Die EU ist eine supranationale Organisation sui generis, die weder ein reiner Staatenverbund noch ein Bundesstaat ist. Zur Frage, wohin es gehen soll, gibt es unterschiedliche Auffassungen in unseren Ländern. Jene, die **für mehr europäischen Föderalismus, Zentralismus, mehr Vertiefung** eintreten, argumentieren mit mehr Effizienz einer einheitlichen Politik in Schlüsselbereichen wie Klimaschutz, militärischer Verteidigung oder Wirtschaft. Damit verbunden ist freilich die Abgabe nationaler Kompetenzen und die Befürchtung, dass „alles nur mehr in Brüssel entschieden wird“. Ideen, das Einstimmigkeitsprinzip vollkommen aufzugeben, nähren diese Befürchtungen zusätzlich.

Auf der Gegenseite wird mit dem **Erhalt nationaler Souveränität** die Möglichkeit gesehen, die kulturellen Identitäten erhalten und flexible Lösungen für einzelne Länder wählen zu können.

**Die Wahrheit liegt – wie so oft – wahrscheinlich dazwischen.** Es gibt sicher Fragen, die durch kein einzelnes Land, auch nicht durch ein großes wie Deutschland oder Frankreich, allein gelöst werden können. Bei manchen Fragen wurde der Bedarf einer engeren Zusammenarbeit auf EU-Ebene in der Vergangenheit oft erst durch eine Krisensituationen aufgezeigt, wie etwa durch die Migrations- oder Finanzkrise, die Corona-Pandemie oder in Zeiten von Kriegen in der Nachbarschaft wie in der Ukraine oder dem Nahen Osten. Wobei auch hier die Schlussfolgerungen nicht immer die gleichen waren: Bei der Finanzkrise suchte man etwa nach mehr Zusammenarbeit, bei Fragen der Migrationsbewältigung mussten Mitgliedstaaten mangels einer europäischen Einigung nationale Lösungen finden.

Was mich zum Punkt führt, **dass eine Zusammenarbeit auf EU-Ebene dann Sinn hat, wenn sie auch in den Augen der Menschen in unseren Mitgliedsstaaten sichtbar und spürbar erfolgreich sein soll. Eine EU-Integration nur um der Integration willen wird zum Scheitern verurteilt sein. EU-Integration als Selbstzweck funktioniert nicht.** Im Mittelpunkt muss vielmehr die Frage stehen: Mit welchem weiteren Integrationsschritt lassen sich in welchem Politikfeld gemeinsam Fortschritte und ein echter Mehrwert erzielen? Und wo sind auf der anderen Seite die Herausforderungen, die tatsächlich besser durch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten angegangen werden sollen?

Derzeit kann man meinen, dass es der EU recht schwer fällt, glaubwürdige Antworten auf brennende Fragen zu geben.

Gerade in der letzten Zeit können wir oft nur über Entwicklungen im Weltgeschehen staunen und kämpfen um das politische Gewicht Europas im globalen Gefüge.

Beispiele zur Selbstreflexion: Welche Rolle spielt die EU beim Verhandeln eines gerechten und nachhaltigen Friedens vor unserer Haustüre für die Ukraine? Welche Rolle im Nahen Osten? Und da meine ich nicht nur den Konflikt Israels mit den Terroristen der Hamas im Gaza-Streifen, sondern auch andere Krisenherde in der Region. Beim Klimawandel stehen auf der einen Seite UN-Verpflichtungen und wichtige Ziele der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, auf der anderen Seite läuft Europa Gefahr, durch zu strenge Regeln und Verfahren noch mehr an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen globalen Playern wie die USA, China und Indien zu verlieren. Warum siedeln beispielsweise deutsche Leitbetriebe mit ihrer Produktion nach Asien ab?

Gerade hier soll die am 26. Februar von der Kommission vorgelegte Omnibus-Verordnung den bürokratischen Aufwand für Unternehmen, insbesondere KMUs, reduzieren. Das ist ein wichtiger Schritt-noch besser wäre aber eine konsequente kritische Prüfung von zu erwartendem Bürokratieaufwand vor der Verabschiedung von Legislativakten. Damit könnte man sich leere Kilometer mit Kostenfolgen – und vor allem Frustration und Skepsis bei Leistungsträgern der Europäischen Wirtschaft sparen!

Man sieht auch: Die Widersprüchlichkeit vieler Interessen macht Zusammenarbeit und vor allem das Mitnehmen, das Verständnis in der Bevölkerung nicht leicht!

Die Finalitätsdebatte – und damit die Frage um die Zukunft Europas – wird zumindest rechtlich – durch Änderungen der Verträge – derzeit nicht Thema sein können. Auf politischer Ebene jedoch führen die aktuellen Umwälzungen zu klarem Handlungsbedarf und auch zu Maßnahmen bzw. Reaktionen auf unterschiedlichen Ebenen. Manche von diesen Initiativen finden außerhalb des EU-Regelwerks statt – Stichwort z.B. die „Koalition der Willigen“ auf Initiative von Präsident Macron und Premier Starmer, und damit auch einem Land, das die EU vor nicht allzu langer Zeit verlassen hat. Klarer ist die Situation aus kompetenzrechtlicher Sicht in Bezug auf den von Präsident Trump geschürten Handelskonflikt, denn hier führt kein Weg daran vorbei, dass – mit Blick auf die ausschließlichen EU-Kompetenzen – die EU im Falle allfälliger Verhandlungen am Verhandlungstisch mit den USA sitzt.

In jedem Fall, auch wenn wir als Mitgliedstaaten oder als EU handeln - die unmittelbare Zukunft der EU muss durch ein Gebot des handlungsfähigen Pragmatismus bestimmt sein.

**Denn unsere Bevölkerungen erwarten konkrete Antworten auf konkrete Fragen bzw. Bedürfnisse von Menschen. Dies zu leisten ist daher das Gebot der Stunde.**

Hier schlägt die Stunde der **nationalen Parlamente**. Wir nehmen mit der Überwachung des **Subsidiaritätsprinzips** eine besondere Rolle ein, denn es ist absolut notwendig, neue Legislativvorschläge im Bereich geteilter Zuständigkeiten stets dahingehend zu prüfen, ob eine Regelung durch den EU-Gesetzgeber einen Mehrwert darstellt, oder ob nationale bzw. regionale Parlamente oder die Gemeinden eher dazu berufen sind, weil deren Kontakt zu den Bürgern ein engerer ist. Das Subsidiaritätsprinzip bildet dabei eine wesentliche Brücke zwischen unterschiedlichen regulatorischen Ebenen! Diese Brücke sollte nur öfter begangen werden.

Das österreichische Parlament nimmt seine Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten sehr ernst und hat nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags eine Reihe von Instrumenten eingeführt. Nicht nur, um das erwähnte Subsidiaritätsprinzip einer fortlaufenden Prüfung zu unterziehen, sondern um europapolitische Themen vermehrt im Parlament in Wien zu diskutieren, durchaus kontroversiell aber möglichst sachlich, auch um so die Bevölkerung für die EU zu interessieren, die sich dann ihre eigene Meinung bilden soll. So können durch Stellungnahmen der zuständigen Ausschüsse des österreichischen Nationalrates bzw. Bundesrates die Mitglieder der Bundesregierung im Rat gegebenenfalls sogar rechtlich, und nicht nur politisch, gebunden werden. Sogenannte begründete Stellungnahmen können im Rahmen des Subsidiaritätsverfahren abgegeben werden und schließlich dienen Mitteilungen dazu, politische Meinungen der Europaausschüsse gegenüber den EU-Institutionen zum Ausdruck zu bringen. Manche Themenstellungen sind uns als Mitgliedstaat dabei naturgemäß näher,

manche weiter entfernt. Umso wichtiger ist es, dass jeweils genau geprüft wird, auf welchen Ebenen Entscheidungen getroffen werden sollen.

**Für mich ist der verstärkte Einsatz der bereits bestehenden Mittel des Subsidiaritätsprinzips daher von zentraler Bedeutung.**

**Für die Zukunft:** Ob die EU weiter zusammenwächst oder ob nationale Souveränität gestärkt wird, wird wahrscheinlich nur zum Teil von äußeren Umständen abhängen und entscheidet sich sicher nicht in theoretischen Debatten des Staatsrechts, des Völkerrechts oder ähnlicher Wissenschaftsbereiche.

**Entscheidender ist vielmehr, ob die EU tatsächlich jene großen, bereits bestehenden Probleme lösen wird können, die kein Staat allein bewältigen kann.** Denn nur dann wird die Bereitschaft für mehr gemeinsames Handeln bestehen. Gelingt dies nicht, darf es nicht verwundern, wenn die Menschen in den Mitgliedsländern ihren eigenen nationalen Institutionen mehr vertrauen.

Vielen Dank!